Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 91 | Dresden, Mittwoch den 21. April 1920 | 31. Jahrg.

Das Programm des sächsischen Finanzministers

Der neue Finanzminister Dr. Reinhold läßt der Presse eine Darlegung über sächsische Finanzfragen zugehen, die man wohl als seine programmatischen Ansichten ansprechen darf. Er führte aus:

I.

Die Stunden, in denen ich mich entschließen mußte, ob ich das mir angebotene Amt als sächsischer Finanzminister annehmen konnte, waren voll dem Zusammenbruche Deutschlands vielleicht die schwersten und dunkelsten für unser Volk. Die verheerenden Folgen des Kappschen Wahnsinns wurden schließlich immer mehr offenbar: das Ruhrrevier brannte in hellen Flammen und zugleich verhöhnte Frankreich unsre Ohnmacht, indem es mit seinen schwarzen Truppen vor uns und der ganzen Welt bewies, daß es nicht einmal die geringen Kautelen des mißhandelten Völkerbundgedankens zu achten willens war und in unsrer engen Heimat selbst hatte gerade der Wahnsinn des Kommunisten Hölz, der leider so ansteckend wirkte, mit seinen Rache- und Brandkommandos seinen Höhepunkt erreicht: Blut und Vernichtung drohte dem Vogtlande.

Wenn ich in dieser kritischen Lage in die Regierung eintrat, so war es, weil meine Ueberzeugung unerschütterlich ist, daß nur die Demokratie den inneren und äußeren Frieden für uns und die Welt gewährleistet und daß es im besonderen für Sachsen nur eine Regierung geben kann, die eine allmähliche Gesundung unsres politischen und wirtschaftlichen Lebens gewährleistet: die Verbindung des freiheitlich gesinnten Bürgertums mit dem Teile der Arbeiterschaft, der sich zum Staatsgedanken bekennt. Deshalb hielt ich es für meine Pflicht, mich der Aufgabe nicht zu entziehen, zu meinem kleinen Teile am Wiederaufbau unsres Vaterlandes mitzuarbeiten und der Idee der Demokratie, die zugleich die Idee des neuen Staates ist, mit festem und sicherm Willen zum Siege zu verhelfen.

Wesentlich erleichtert wurde mir mein Entschluß durch meine Ueberzeugung, daß die Finanzen des sächsischen Staates trotz der schweren Belastung der Kriegs- und Revolutionsjahre im Grund gesund sind. Freilich ist eins unbedingt nötig: Es muß Schluß gemacht werden mit der bis in die letzte Zeit fortgesetzten Uebung, die Einnahmen stets in Einklang mit den Ausgaben zu bringen. Ich will und kann gegen dem Lande nicht verantworten, der Volkskammer einen Etat vorzulegen, der, soweit erkennbar laufende Ausgaben und Einnahmen in Betracht kommen, nicht balanciert.

Dazu ist zweierlei nötig: zunächst müssen die angeforderten Staatsmittel auf das dringendste Maß eingeschränkt werden. Ich habe das Gefühl, daß zurzeit noch in fast alle Teile der Staatsverwaltung sich der Tatsache unbequem fühlbar machen, daß wir durch den verlorenen Krieg mit seiner unerträglichen Vernichtung von lebenden und toten Werten ein armes Volk geworden sind, das, will es wieder emporkommen, sparen muß. Wir fühlen, daß der Staat noch immer einen viel zu großen und umständlichen Apparat in Anspruch nimmt und daß über die Vereinfachung der Verwaltung bisher zwar sehr viel geschrieben wurde, dagegen noch nichts Wirksames in dieser Richtung geschehen ist. Der Aufgabenkreis des Staates wird fortdauernd erweitert und die Lasten sind trotz den Neueinstellungen zum größten Teil bis über ihre Kraft hinaus belastet; aber diese Belastung ist zum guten Teile auf eine durch aus entbehrliche Umständlichkeit des Geschäftsgebarens zurückzuführen. Hier Wandel zu schaffen, und zwar sofort Wandel zu schaffen, muß Aufgabe des Ministeriums im Einvernehmen mit der Volkskammer sein.

Weiter können wir aber von seiten des Landes auch den Zustand nicht länger mehr dulden, daß das Reich, das uns die Steuerhoheit genommen hat, uns trotzdem immer neue Aufgaben zuweist, die schwere finanzielle Lasten mit sich bringen. Dieser Versuch wird fortdauernd gemacht, und hier darf es von seiten der Länder nur ein prinzipielles und ganz unbeugsames Nein geben. Das Landessteuergesetz hat die finanziellen Kompetenzen, soweit die Einnahmen in Betracht kommen, endgültig geregelt. Deshalb muß verlangt werden, daß auch eine Regelung der Ausgaben, die der Verteilung der Einnahmen zwischen Reich und Ländern entspricht, endlich erfolgt. Es ist (um nur ein Beispiel aus vielen herauszugreifen) schlechterdings unmöglich, daß die Länder zu den maßlosen Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge herangezogen werden. Schon daß sie einen Teil des Verwaltungsaufwandes selbst bestreiten, ist vom finanziellen Standpunkt der Länder aus schwer zu vertreten. Die ganze Materie muß Reichssache sein.

Man darf bei der Regelung aller dieser Fragen nie vergessen, daß das Rückgrat unsrer Finanzen, die Einkommensteuer, in Zukunft dem Reiche gehört. Für uns in Sachsen gewinnen deshalb unsre werbenden Anlagen eine immer einschneidendere Bedeutung. Es wird meine Aufgabe sein, an die ich sofort herangehangen bin, diese werbenden Staatsanlagen, unsern eigentlichen Staatsreichtum, in ganz andrer Weise als bisher für unsre Finanzen auszumünzen. Dazu aber ist nötig, daß diese Unternehmungen völlig befreit werden von allen bureaukratischen Hemmungen; daß sie nach rein kaufmännischen Grundsätzen betrieben, nicht nach amtlichen geregelt werden, damit sie — soweit das in Staatsbetrieben überhaupt möglich ist — der Privatwirtschaft nicht nachstehen. Ich werde deshalb der Volkskammer baldigst eine Aenderung des Haushaltsgesetzes vorschlagen, die die staatlichen Betriebe wesentlich beweglicher und freier gestalten soll. Der Plan ist — in ganz großen Zügen — der, daß die werbenden Staatsanlagen nicht nur in der Finanzierung, sondern auch in der Geschäftsgebarung vollständig wie privatwirtschaftliche Betriebe behandelt werden, und daß sie im Etat nur in einer Ziffer mit dem vermutlichen Reinergebnis erscheinen, während der Volkskammer alljährlich die von Treuhandgesellschaften, die mit modernen Mitteln arbeiten, geprüften Bilanzen als Rechenschaftsbericht zugehen. Die Geschäftsführung selbst wäre meinem Plane nach aus besten durch einen Ausschuß der Volkskammer, zu dem außerdem erprobte Männer des Wirtschaftslebens gehören müßten und der der Sache nach etwa dem Aufsichtsrate der Aktiengesellschaften entspräche, zu überwachen. Hand in Hand damit soll die Gewinnung bzw. Erhaltung großzügig arbeitender Männer aus Industrie- und Handelskreisen gehen, die auf Privatdienstvertrag anzustellen sind.

Auf diese Weise sind meiner Ueberzeugung nach sehr wesentliche Summen für die Allgemeinheit herauszuwirtschaften. Man denke nur an die Porzellanmanufaktur in Meißen, die mit ihrem Weltruf weit über unsre Grenzen hinaus, auch was den finanziellen Ertrag betrifft, ein Unternehmen allerersten Ranges werden kann und — so hoffe ich — der Staatskasse in Zukunft nicht Hunderttausende, sondern Millionen bringen soll.

Kapp aus Schweden ausgewiesen

Stockholm, 21. April. Die Polizei hat Dr. Kapp auf Grund der schwedischen Verfassung aus dem Lande verwiesen, hat ihm aber, da ein Paßvisum zur Zeit nicht ausgestellt werden kann, den Aufenthalt im Lande unter polizeilicher Aufsicht erlaubt.

Kapp hat an die schwedische Regierung ein Schreiben gerichtet, worin er sagt, er wolle am liebsten auf dem Lande wissenschaftliche Studien treiben. Von den politischen Geschehnissen in Deutschland werde er sich fernhalten. Wenn die schwedische Regierung sein Gesuch um Genehmigung ablehnt, ersuche er um Ausstellung eines Passes für die Reise über Holland, Belgien und Frankreich nach der Schweiz. Am Schluß dieses Schreibens bemerkt Kapp, daß seine wirtschaftliche Existenz dauernd gesichert sei.

Teuerungszulagen der Eisenbahner

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 21. April. Der Reichsfinanzminister hat gestern vor der Kommission Mitteilung gemacht von den Forderungen der Eisenbahnbeamten um Einstufung in eine höhere Klasse der Besoldungsordnung. Nunmehr haben auch die Eisenbahnarbeiter neue Forderungen nach Teuerungszuschlägen gestellt. Namentlich unter dem Werkstattpersonal herrscht gegenwärtig wieder eine starke Erregung, die z. B. in einem rheinländischen Ort zu Teilausständen geführt hat. Schon vor geraumer Zeit haben die Eisenbahnerorganisationen mit den zuständigen Ministerien Verhandlungen über einen Teuerungszuschlag für die Eisenbahnarbeiter und das Werkstattpersonal geführt, die bis jetzt jedoch noch nicht abgeschlossen sind, da noch die Zustimmung des Finanzministers und der preußischen Landesversammlung und der Nationalversammlung fehlt. Bekanntlich läuft der Tarif der Eisenbahnarbeiter am 31. Mai d. J. ab.

Vom 1. Juni an wird ein neuer Tarif in Kraft treten und es wird jetzt bereits der Reichseisenbahntarif, der nach der Vereinheitlichung der Bahnen in Kraft treten soll, vorbereitet. Die Eisenbahnarbeiter haben darauf hingewiesen, daß sie mit ihren Arbeitslöhnen, die je nach der Orts- und Arbeitsklasse zwischen 2.50 und 3.60 M. schwanken, um 100 Prozent schlechter gestellt sind, als die Arbeiter in der Privatindustrie. Infolgedessen wurde die Verbandsleitung beauftragt, mit dem Eisenbahnminister und dem Finanzminister über Teuerungszuschläge zu verhandeln. Die Arbeiter verlangen einen Zuschlag von 1 M. pro Stunde, und zwar sollten diese Abmachungen rückwirkende Kraft vom 1. Januar haben.

In den Verhandlungen mit dem Eisenbahn- und Finanzminister wurde von den Regierungsvertretern darauf hingewiesen, daß bei der ungünstigen Finanzlage des Reichs derartige Zuschläge nicht gezahlt werden könnten, weil dadurch das Defizit der Eisenbahnen um rund zwei Milliarden Mark vergrößert werde. Angesichts der Notlage der Arbeiterschaft erklärte man sich zu Teuerungszuschlägen jedoch bereit. Es wurde beschlossen, daß männliche Arbeiter in der ersten und zweiten Lohnklasse einen Teuerungszuschlag von 80 Pf., in der dritten und vierten Lohnklasse 70 Pf. und in der fünften und sechsten Lohnklasse 60 Pf. erhalten; Frauen erhalten entsprechend den Lohnabstufungen 60, 50 und 40 Pf. pro Stunde; Jugendliche unter 18 Jahren 40, 30 und 20 Pf. Lohnzuschlag pro Stunde. Dieses Abkommen ist von der Eisenbahnerorganisation bereits seit einer Woche unterzeichnet worden. Die Teuerungszuschläge haben rückwirkende Kraft vom 1. April d. J. an. Das Finanzministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das Eisenbahnministerium haben die Vereinbarungen jedoch noch nicht unterzeichnen können, da ihnen die Zustimmung der Nationalversammlung bisher fehlt. Diese Verzögerung des Abkommens hat unter den Eisenbahnern beträchtliche Erregung hervorgerufen und es werden von radikaler Seite Versuche gemacht, diese Gereiztheit in der Arbeiterschaft zu neuen großen Streiks auszunützen, namentlich in den Direktionsbezirken Halle, Magdeburg und Köln muß die Lage als sehr gespannt bezeichnet werden.

Keine Auflösung der Nationalversammlung

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 21. April. Wie wir von parlamentarischer Seite hören, ist an eine Auflösung der Nationalversammlung nicht zu denken. Nach dem Wortlaut und dem Sinn erhält die Verfassunggebende Nationalversammlung ihr Mandat bis zur Wahl des Ordnungs- und Verfassungsmäßigen Parlaments, des Reichstags. Erst am Tage der Reichstagswahl endet ihr Mandat automatisch. Aber auch von solchen theoretischen Erwägungen abgesehen, halten es politische Kreise auch praktisch für ausgeschlossen, daß in solchen Zeiten das Reich auch nur fünf oder sechs Wochen lang ohne parlamentarische Vertretung sein könnte. Voraussichtlich wird sich also die Nationalversammlung am Sonnabend oder nächsten Dienstag auf unbestimmte Zeit vertagen und bis zum Tage der Neuwahl bestehen bleiben, aber zu einer neuen Sitzung oder Tagung nur zusammentreten, falls irgend ein unvorhergesehenes wichtiges Ereignis es erfordert.

Die türkische Frage in San Remo

San Remo, 21. April. In der Frühsitzung fuhr die Konferenz mit der Erledigung der aus der Aufteilung der Türkei sich ergebenden Nebenarbeiten fort. Während die Armee- und Marinesachverständigen erst heute vorgeladen werden, begann gestern die Finanzdebatte, ohne daß eine Entscheidung darüber gefallen wäre, ob die Lasten ausschließlich der verbleibenden Türkei aufgebürdet oder auf die einzelnen Splitter verteilt werden sollen.

Bezüglich Armeniens wurde beschlossen, seinem Wunsche für die Zuteilung des Mandats Rechnung zu tragen. Es wurde Uebereinstimmung darüber erzielt, daß einzig Amerika imstande sei, die finanziellen und administrativen Lasten zu tragen. Frankreich gelang es, sich Zilizien zu sichern, das aus den Grenzen Armeniens ausgeschlossen bleibt, ebenso wie Trapezunt, das auf englischen Wunsch mit dem Georgien abzutretenden Batum abgetrennt werden soll.

Für die Regelung der europäischen Grenzen der Türkei ist es bedeutsam, daß Venizelos offiziell von der Konferenz befragt wurde. Auf vielleicht sogar vertragliche Unterstützung bauend, scheint es ihm nicht mißlungen zu sein, die griechischen Wünsche durchzusetzen.

Die drei Minister unter sich

Rom, 20. April. In der 2½stündigen Besprechung, welche die drei Minister der Ententestaaten am Sonntag in San Remo hatten, verlangte, den römischen Blättern zufolge, Millerand erregt, daß die Verbündeten Frankreichs Wünschen Rechnung tragen sollten. Dagegen vertraten Lloyd George und Nitti die These, daß Deutschlands Wiederaufbau nicht allein im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Interesse Europas liege. Laut Idea Nazionale und Corriere d'Italia wurde die Aussprache teilweise in einem sehr scharfen Tone geführt.

Nittis Ausgleichsversuche

Haag, 21. April. Nitti versucht zu einem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten mit den Alliierten zu gelangen, welches die Gewährung der Unterstützung für die besiegten Länder in sich schließen soll. Die italienische Delegation strebt danach, die politischen und militärischen Fragen den wirtschaftlichen Problemen unterzuordnen. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, will Nitti den Grund der Reibungen zwischen den Alliierten aus dem Wege räumen und eine Versöhnungsformel für alle schwierigen Angelegenheiten finden.

Von Eselei und Verbrechen

S. K. Der frühere Volksbeauftragte Emil Barth, hat in dem bekannten Unabhängigen-Verlag von Adolf Hoffmann seine Kriegs- und Revolutionserinnerungen erscheinen lassen und damit zweifellos einen interessanten Beitrag zu einer der wichtigsten Perioden der deutschen Geschichte geliefert. Natürlich darf man nicht jedes Wort des Emil Barth schon als reine Wahrheit beschwören. Denn täte man das, so wäre er im Deutschen Reiche ungefähr der einzige Mensch von Verstand und Charakter, aber leider lahmgelegt dadurch, daß alle andern entweder Esel oder Verbrecher sind. Leichtsinnige, feige, renommistisch, plump, demagogisch sind sie nach Barth alle, nicht nur die rechtssozialistischen Revolutionsverräter (das versteht sich für Barth von selbst), sondern auch die Dittmann und Haase, die Liebknecht und Dunker. Emil Barth ist der einzige, der schon am 4. August gewußt hat, wie lange der Krieg dauern und wie er enden wird. Emil Barth ist der einzige, der weiß, wann und wie man eine Revolution machen muß, und er hat deshalb die deutsche Revolution gemacht, er allein mit seinem Freunde Paul Eckert, nur gelegentlich rednerisch und agitatorisch ein wenig unterstützt von Däumig und Richard Müller, von den übrigen nur gehemmt und gestört. Diese Selbstüberhebung wirkt in Barths Darstellung nicht gar so arg, weil er auch nicht verschweigt, daß die andern ihn dafür in den meisten Fällen für völlig wahnsinnig erklärt haben. Wer recht hatte, soll hier nicht weiter untersucht werden. Aber als Beispiel der Art, wie Barth die Vorgänge schildert, sei noch wiedergegeben, wie er sich nach seiner Schilderung mit Liebknecht, Dunker und Dr. Ernst Meyer unterhalten hat, als diese kurz vor der Revolution durchaus eine bewaffnete Demonstration veranstalten wollten. Barth forderte von ihm, daß diese drei dann mit ihm an der Spitze des Zuges marschieren und die ersten Schüsse abfeuern sollten. Als sie sich weigerten, erklärte er ihnen:

„Aus Ihnen spricht die Feigheit und der Größenwahn. Sollte einer von euch Dreien versagen oder Reißaus nehmen wollen, dann knalle ich ihn nieder, so wahr ich hier sitze. Wird die Demonstration beschlossen und Sie (Liebknecht) oder Meyer oder Dunker kommen nicht, und zwar wie ich eben gesagt, dann knalle ich Euch morgen Feigheit und Schurkerei nieder wie Hunde."

Man sieht, Emil Barth liebt eine kräftige Sprache. Zum Glück enden die meisten Geschichten versöhnlich. Auch diese Erzählung schließt: „Ich brauchte mein Wort nicht wahr zu machen, der Zentralvorstand lehnte die Demonstration ab." So ist die Darstellung Barths auch sonst bemüht, die führenden Genossen der U. S. P. und K. P. D. als ganz besonders feige, dämliche und gewissenlose Menschen zu schildern. Der Bericht über ein Bankett bei Josse Ende Oktober 1918 gipfelt in dem Satz: „Dieses gegenseitige Beweihräuchern und Anhimmeln war geradezu widerlich." In der Tat kann Barth nicht oft genug betonen, daß an der Revolution und ihrem Erfolg die U. S. P. und K. P. D. auch nicht den leisesten Anteil hätten.

Es wäre aber ein Unrecht, gegenüber dieser Schrift, sie nur als eine Schimpfepistel darzustellen. Barth ist durchaus nicht unbegabt und hat tatsächlich einen scharfen Blick für die Fehler, die von der äußersten Linken gemacht worden sind. Er bringt die genauesten Nachweise dafür, wie unklar die U. S. P. nach der Revolution laborierte und wie sehr sie alle Fehler selbst gemacht hat, die sie später den mehrheitssozialistischen Regierungen als Todsünden anrechnete. In der Partei draußen habe jeder Unabhängige seine eigene Politik gemacht und jeder eine falsche. Die Hauptfehler sind, nach Barths Auffassung, die Nichtteilnahme am Zentralrat, der Austritt aus der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200421/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG